

## **N I E D E R S C H R I F T**

über die 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

**Tag:** 30. September 2011

**Dauer:** 19:40 Uhr bis 21:55 Uhr

**Ort:** Volkshalle im Stadtteil Watzenborn-Steinberg

**Anwesend:** **von der Stadtverordnetenversammlung:**

Stadtverordnetenvorsteher Jakob Ernst Kandel

StV Matthias Jung

StV Hartmut Lutz

StV Nohman Nohman

StV Sonya Can

StV Michael Lemcke

StV Horst Schlesinger

StV Reiner Leidich

StV Jörg Buß

StV Thilo Harnisch

StV Ulrich Engel

StV Michael Wagner

StV Samun Bulut

StV Horst Biadala

StV Klaus-Dieter Gimbel

StV Dr. Ernst-Ulrich Huster

StV Hans Happel

StV Peter Alexander

StV Karl-Rainer Philipp

StV Wilken Gräf

StV Sabine Jordan

StV Ann-Kristin Briegel

StV Bernd Felde

StV Iris Kastner

StV Tobias Maschmann

StV Dominic Tamme

StV Hiltrud Hofmann

StV Eckart Hafemann (ab TOP 2)

StV Geronimo Sanchez Miguel

StV Jutta Boos

StV Sven Stoffer

StV Fabian Schäfer

StV Andreas Schuch

StV Ewald Seidler

StV Klaus Sommer

StV Ulrich Sann

**Entschuldigt:** StV Bodo Marsteller

**vom Magistrat:**

Bürgermeister Karl-Heinz Schäfer  
Erste Stadträtin Anja-Sames Postel  
Stadträtin Annelie Müller  
Stadträtin Kristiane Neuhoff  
Stadtrat Reinhard Peter  
Stadtrat Arno Schäfer  
Stadträtin Sabine Scheele-Brenne  
Stadtrat Tobias Slenczek  
Stadtrat Udo Schöffmann  
Stadtrat Reimar Stenzel

**Entschuldigt:** Stadträtin Gundhild Kurreck

**von der Verwaltung:**

Kristin-Sophie Sommer

**Schriftführer:** Carsten Nowak

**TAGESORDNUNG:**

- TOP 1 Eröffnung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Niederschrift vom 26. August 2011
- TOP 3 Ehrungen;  
Verleihung von Ehrenbriefen des Landes Hessen
- TOP 4 Mitteilungen
- TOP 5 Anfragen
- TOP 6 Beratung und Beschlussfassung über den Widerspruch des Bürgermeisters gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. März 2011, TOP 9 „Beratung und Beschlussfassung über die Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen“ gemäß § 63 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung STV-DS-NR. 405
- TOP 7 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Hallenbad Pohlheim  
StV-DS-Nr. 11/034
- TOP 8 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen CDU und FW vom 28.06.2011 betr. Sanierung der Friedhofshalle und Bau einer behindertengerechten Toilette auf dem Grüninger Friedhof  
STV-DS-Nr. 11/038

- TOP 9 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen CDU und FW vom 07.08.2011 betr. Energieeffiziente Stadtbeleuchtung  
STV-DS-Nr. 11/044
- TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, eingegangen am 17.08.2011 betr. Förderung der Energiewende durch Energieeffizienzsteigerung und Energiesparmaßnahmen in kommunalen Einrichtungen  
STV-DS-Nr. 11/046
- TOP 11 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des FDP-Stadtverordneten Schäfer betr. Änderung der Hauptsatzung  
STV-DS-Nr. 11/039
- TOP 12 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 26.07.2011 betr. Tagesbetreuung für ältere pflegebedürftige Mitbürger/innen  
STV-DS-Nr. 11/040
- TOP 13 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen CDU und FW vom 04.08.2011 betr. Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Pohlheim  
STV-DS-Nr. 11/043
- TOP 14 Beratung und Beschlussfassung über die Rückzahlung eines Kommunaldarlehens  
STV-DS-Nr. 11/054
- TOP 15 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 07.09.2011 betr. Antrag zur Aufnahme in das Dorferneuerungsprogramm für die Stadtteile Grüningen und Dorf-Güll  
STV-DS-Nr. 11/051

**TOP 1 Eröffnung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Stadtverordnetenvorsteher Kandel eröffnet die Sitzung und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Stadtverordneten, die Magistratsmitglieder, die Zuhörer und die Presse.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel teilt mit, dass die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen folgenden Dringlichkeitsantrag eingereicht hätten und darum bitten, diesen im Rahmen der heutigen Sitzung zu behandeln.

Dringlichkeitsantrag

Um schnellstmöglich den politischen Vertretern papierlosen Zugang zu Anträgen und Protokollen, sowie den Bürgerinnen und Bürgern, Zugriff auf Informationen (Protokolle) aus den Gremien zu ermöglichen, bitten die antragstellenden Fraktionen der einstimmigen Empfehlung der Internet-Arbeitsgruppe zu folgen und der Dringlichkeit zuzustimmen und folgenden Antrag zu beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1 a) Der Magistrat wird gebeten, das Modul Intranet/Extranet passend zu ihrem Internetsystem vom gleichen Hersteller käuflich zu erwerben. Die Anschaffungskosten hierzu belaufen sich auf ca. 2.500 €. An Wartungskosten fallen jährlich 120 € an.
- 1 b) Es sollen folgende Unterbereiche im Modul Intranet/Extranet eingerichtet werden: Magistrat, Stavo und Ausschüsse, Ortsbeiräte, Seniorenbeirat, Ausländerbeirat, und Magistratsprotokolle für Fraktionsvorsitzende geben
- 1 c) Die Zugänge sind über personalisierte Zugangsdaten zu ermöglichen beziehungsweise zu verweigern. Die Berichtungsmatrix wird von der interfraktionellen Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem IT-Beauftragten erstellt. Es wird somit für Mandatsträger jeglicher Form in Klammern Magistrat, Stavo, Ortsbeirat, Seniorenbeirat, Ausländerbeirat) ein personenbezogener Zugang geschaffen. Damit ist gewährleistet, dass jeder nur Dokumente einsehen kann, die er in seiner Mandatseigenschaft auch per Papier zur Verfügung gestellt bekommt.
- 1 d) Im System des Moduls Intranet/Extranet ist eine Volltextsuche über die hinterlegten Dokumente (Anträge, Protokolle) einzurichten. Die Dokumente sind als PDF abzulegen. Es muss ein PDF-Drucker verwendet werden, der eine Volltextsuche in PDF-Dokumenten ermöglicht.
2. Folgende Dokumente sollen dann intern im entsprechenden Ordner angezeigt werden:
- a) Anträge und deren Historie
- Ursprungsantrag
  - Antrag ggf. nach Änderung im Ausschuss
  - beschlossener Antrag der Stavo
- b) Protokolle
- Protokolle, die noch nicht genehmigt sind
  - genehmigte Protokolle
3. Folgende Dokumente sollen auf der Homepage der Stadt Pohlheim angezeigt werden:
- genehmigte Protokolle der städtischen Gremien, außer Magistrat
  - beschlossene Anträge der Stadtverordnetenversammlung
- 4 a) Der Magistrat wird gebeten, sobald die Sitzungstermine der städtischen Gremien (außer Magistrat) beschlossen sind, diese in den Veranstaltungskalender auf der Homepage zu hinterlegen.
- 4 b) Wenn die Einladung mit Tagesordnung zu einem Termin vorliegt, ist diese dann bei dem entsprechenden Terminhinweis mit aufzuführen beziehungsweise als PDF-Datei zu hinterlegen.“

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über die Aufnahme des vorstehenden Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung wie folgt abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen  
 34 Ja-Stimmen (13 CDU, 13 SPD, 4 Grüne, 4 FW)  
 1 Enthaltung (1 FDP)

Stadtverordnetenvorsteher Kandel berichtet, im Ältestenrat habe Einvernehmen bestanden, die Punkte 6, 7, 9 und 13 von der Tagesordnung abzusetzen und den Dringlichkeitsantrag (TOP 16) nach TOP 5 zu behandeln.

Abschließend nimmt er die Gelegenheit wahr und gratulierte den Stadtverordneten Dr. Ernst-Ulrich Huster, Matthias Jung, Iris Kastner, Dominic Tamme und Hiltrud Hofmann nachträglich zum Geburtstag.

StV Hafemann ist im Sitzungssaal anwesend.

## **TOP 2 Feststellung der Niederschrift vom 26. August 2011**

Gegen die Niederschrift vom 26. August 2011 bestehen keine Einwände. Sie gilt somit als festgestellt.

## **TOP 3 Ehrungen; Verleihung von Ehrenbriefen des Landes Hessen**

Bürgermeister Schäfer teilt mit, dass der Ministerpräsident des Landes Hessen Frau Annemarie Stumpf, Herrn Klaus Daschke, Herrn Armin Stumpf und Herrn Heinz Zwirner in Anerkennung ihrer Verdienste um die Gemeinschaft den Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen habe.

Frau Stumpf habe von 1988 bis heute das Amt der 1. Vorsitzenden der Trachtengruppe Hausen inne.

Herr Daschke gehöre seit 1972 dem Vorstand des TV 07 Watzenborn-Steinberg e.V. an und fungiere dort seit 1987 als 1. Vorsitzender.

Herr Stumpf sei der Natur verbunden und habe seit 1992 bis heute bei der Gruppe Natur- und Vogelfreunde Garbenteich das Amt des 1. Vorsitzenden inne.

Herr Zwirner leite seit 1986 beim SV Dorf-Güll als 1. Vorsitzender die Geschicke des Vereins.

Anschließend verliest Bürgermeister Schäfer stellvertretend für alle die Urkunde von Frau Stumpf, überreicht allen geehrten den Ehrenbrief sowie die Ehrennadel des Landes Hessen und übermittelt die Glückwünsche des Magistrates .  
Namens der Stadtverordnetenversammlung gratuliert Stadtverordnetenvorsteher Kandel.

## **TOP 4 Mitteilungen**

### **4.1 Bericht des Bürgermeisters zum Haushaltsverlauf Stand 30.06.2011**

Bürgermeister Schäfer erteilt einen ausführlichen Bericht zum Haushaltsverlauf Stand 30.06.2011.

## **4.2 Allgemeine Mitteilungen**

### **4.2.1 Mitteilung 1**

Bürgermeister Schäfer teilte die Bilanz des Ausbildungskordinators zum Ende des III. Quartals 2011 mit.

Bürgermeister Schäfer dankt an dieser Stelle dem Ausbildungskordinator für sein Wirken.

### **4.2.2 Mitteilung 2**

Bürgermeister Schäfer erteilt einen ausführlichen Bericht zum Projekt "Nachhaltiges Flächenmanagement".

### **4.2.3 Mitteilung 3**

Bürgermeister Schäfer nimmt Bezug auf die schriftliche Anfrage der CDU Fraktion vom 23.06.2011 und teilte mit, dass die Anfrage sowie die Antwort der Niederschrift als Anlage in 1 und 2 beigefügt werden.

### **4.2.4 Mitteilung 4**

Bürgermeister Schäfer nimmt Bezug auf das Schreiben der CDU-Fraktion vom 07.09.2011 und beantwortet die darin gestellten Fragen betr. „Lückenschluss Rad-/Gehweg Neue Mitte bis Ortseingang Garbenteich“, „Bolzplatz Grüningen“, Überprüfung der städtischen Versicherungen“, „Effiziente Straßenbeleuchtung“, „alternativer Bestattungsformen“, „Einführung eines Solardachkatasters“ und „Bericht betreffs verkehrsentlastender Maßnahmen in Watzenborn-Steinberg“.

### **4.2.5 Mitteilung 5**

Bürgermeister Schäfer nimmt Bezug auf die schriftlichen Anfragen der FW-Fraktion vom 21.09.2011 zu den Angelegenheiten „Breitbandversorgung“, „Nahversorgung Baugebiet Langwiese“ und „Einrichtung eines Marktes“ und beantwortet diese ausführlich.

*Protokollnotiz: In der Angelegenheit „Breitbandversorgung“ besteht Einvernehmen, dass die Vorbehalte aus dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. März 2011, TOP 7 hinfällig geworden sind.*

### **4.2.6 Mitteilung 6**

Bürgermeister Schäfer nimmt Bezug auf den neuerlichen Pressebericht der CDU-Fraktion betreffs Berechnung des Kostendeckungsgrades der Kindergartengebühren und teilt mit, dass die von der Verwaltung zugrunde gelegte Berechnungsmodalität vom Hessischen Ministerium des Innern sowie der Kommunalaufsicht des Landkreises Gießen bestätigt worden sei.

## **TOP 5    Anfragen**

### **5.1        Anfrage 1**

StV Buß nimmt Bezug auf die auf Antrag der CDU im Haushalt 2010/2011 veranschlagten Mittel zur Schaffung eines barrierefreien Zuganges von der Alten Kirche zum Friedhof Watzenborn-Steinberg und bittet um Mitteilung, warum dies noch nicht geschehen sei.

Bürgermeister Schäfer sagt Beantwortung zu.

### **5.2        Anfrage 2**

StV Hofmann bittet um schriftliche Auskunft über die Anzahl der tatsächlich besetzten Stellen 2010 und 2011 jeweils zum letzten Tag des Quartals, dies aufgeschlüsselt nach Kinderbetreuungseinrichtungen und übriger Stadtverwaltung.

Bürgermeister Schäfer sagt Beantwortung zu.

### **5.3        Anfrage 3**

Auf die Frage des StV Jung, wie das Ergebnis der Umfrage zum Thema „Windkraft auf dem Obersteinberg“ ausgefallen sei, teilt Bürgermeister Schäfer mit, dass dies in einer entsprechenden Kolumne in den Pohlheimer Nachrichten veröffentlicht werde.

### **5.4        Anfrage 4**

StV Phillip bittet um Auskunft, welche Lösung betr. der Sperrung der Treppenanlage Bahnhofstraße Richtung Ortsberingweg im Stadtteil Watzenborn-Steinberg angedacht sei.

Bürgermeister Schäfer sagt Beantwortung zu.

### **5.5        Anfrage 5**

Auf die Anfrage des StV Philipp teilt Bürgermeister Schäfer mit, dass er zu personelle Angelegenheiten keine Stellung nehmen dürfe und werde.

### **5.6        Anfrage 6**

Auf Anfrage des StV Lutz betr. Einrichtung eines Schredderplatzes im Stadtteil Garbenteich sagt Bürgermeister Schäfer mit Hinweis auf die Komplexität des Sachverhaltes Beantwortung zu.

### **5.7        Anfrage 7**

StV Engel erinnert an seine Anfrage vom 20. Mai 2011 betr. Starkregenereignis in Holzheim.

Bürgermeister Schäfer sagt Beantwortung zu.

## 5.8 **Anfrage 8**

StV Leidich nimmt Bezug auf die heutige Mitteilung des Bürgermeisters betr. der Berechnung des Kostendeckungsgrades der Kindergartengebühren (TOP 4.2.6) und teilt mit, dass der Pressebericht der CDU-Fraktion unglückliche Formulierungen enthalten habe. Diese halte die von übergeordneten Behörden zugrunde gelegte Berechnung dennoch für falsch.

Es folgt eine Sitzungspause von 21:00 Uhr bis 21:20 Uhr . Danach wird die Sitzung wie folgt fortgesetzt:

### **TOP 16 Beratung und Beschlussfassung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW betr. Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Newsletter“**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Dringlichkeitsantrag vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1 a) Der Magistrat wird gebeten, das Modul Intranet/Extranet passend zu ihrem Internetsystem vom gleichen Hersteller käuflich zu erwerben. Die Anschaffungskosten hierzu belaufen sich auf ca. 2.500 €. An Wartungskosten fallen jährlich 120 € an.
- 1 b) Es sollen folgende Unterbereiche im Modul Intranet/Extranet eingerichtet werden: Magistrat, Stavo und Ausschüsse, Ortsbeiräte, Seniorenbeirat, Ausländerbeirat, und Magistratsprotokolle für Fraktionsvorsitzende geben
- 1 c) Die Zugänge sind über personalisierte Zugangsdaten zu ermöglichen beziehungsweise zu verweigern. Die Berichtungsmatrix wird von der interfraktionellen Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem IT-Beauftragten erstellt. Es wird somit für Mandatsträger jeglicher Form in Klammern Magistrat, Stavo, Ortsbeirat, Seniorenbeirat, Ausländerbeirat) ein personenbezogener Zugang geschaffen. Damit ist gewährleistet, dass jeder nur Dokumente einsehen kann, die er in seiner Mandatseigenschaft auch per Papier zur Verfügung gestellt bekommt.
- 1 d) Im System des Moduls Intranet/Extranet ist eine Volltextsuche über die hinterlegten Dokumente (Anträge, Protokolle) einzurichten. Die Dokumente sind als PDF abzulegen. Es muss ein PDF-Drucker verwendet werden, der eine Volltextsuche in PDF-Dokumenten ermöglicht.
2. Folgende Dokumente sollen dann intern im entsprechenden Ordner angezeigt werden:
  - a) Anträge und deren Historie
    - Ursprungsantrag
    - Antrag ggf. nach Änderung im Ausschuss
    - beschlossener Antrag der Stavo
  - b) Protokolle
    - Protokolle, die noch nicht genehmigt sind
    - genehmigte Protokolle

3. Folgende Dokumente sollen auf der Homepage der Stadt Pohlheim angezeigt werden:
  - genehmigte Protokolle der städtischen Gremien, außer Magistrat
  - beschlossene Anträge der Stadtverordnetenversammlung
- 4 a) Der Magistrat wird gebeten, sobald die Sitzungstermine der städtischen Gremien (außer Magistrat) beschlossen sind, diese in den Veranstaltungskalender auf der Homepage zu hinterlegen.
- 4 b) Wenn die Einladung mit Tagesordnung zu einem Termin vorliegt, ist diese dann bei dem entsprechenden Terminhinweis mit aufzuführen beziehungsweise als PDF-Datei zu hinterlegen.“

StV Sommer begründet den Antrag.

Nach ausführlicher Diskussion lässt Stadtverordnetenvorsteher Kandel über den Antrag wie folgt abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen  
 35 Ja-Stimmen (13 CDU, 13 SPD, 5 Grüne, 4 FW)  
 1 Enthaltung (1 FDP)

**TOP 6 Beratung und Beschlussfassung über den Widerspruch des Bürgermeisters gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. März 2011, TOP 9 „Beratung und Beschlussfassung über die Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen“ gemäß § 63 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung  
 STV-DS-NR.: 405**

Abgesetzt.

**TOP 7 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Hallenbad Pohlheim  
 StV-DS-Nr. 11/034**

Abgesetzt.

**TOP 8 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen CDU und FW vom 28.06.2011 betr. Sanierung der Friedhofshalle und Bau einer behindertengerechten Toilette auf dem Grüninger Friedhof  
 STV-DS-Nr. 11/038**

StV Sanchez und StV Lemcke berichten aus Fachausschüssen BSU und HFA, die sich mit dem Antrag beschäftigt haben.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

1. Die bestehende Trauerhalle ist zu sanieren. Insbesondere sind die Türen und Fenster zu erneuern. Außerdem ist im Innenbereich ein Sanierungsputz gegen die aufsteigende Nässe anzubringen. Der Außenputz ist ebenfalls neu anzulegen.

2. Die Stadt Pohlheim stellt in unmittelbarer Nähe zur ev. Kirche, auf dem Friedhof an der durch die Kirchengemeinde vorgesehene Stelle eine Fläche für die Einrichtung eines Toilettenhäuschens kostenlos zur Verfügung. Das Toilettenhäuschen ist nach den Plänen der Kirchengemeinde zu errichten. Die erforderlichen Materialkosten werden durch die Stadt Pohlheim übernommen. Des Weiteren werden die notwendigen Arbeiten durch den städtischen Bauhof unterstützt.
3. Die Pflege des Toilettenhäuschens und die Möglichkeit eines ständigen Zugangs – besonders für Behinderte – ist in Absprache mit der Kirchengemeinde sicher zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen  
 34 Ja-Stimmen (13 CDU, 13 SPD, 5 Grüne, 3FW)  
 2 Enthaltungen (1 FW, 1 FDP)

**TOP 9 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen CDU und FW vom 07.08.2011 betr. Energieeffiziente Stadtbeleuchtung STV-DS-Nr. 11/044**

Abgesetzt.

**TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, eingegangen am 17.08.2011 betr. Förderung der Energiewende durch Energieeffizienzsteigerung und Energiesparmaßnahmen in kommunalen Einrichtungen STV-DS-Nr. 11/046**

StV Sanchez und StV Lemcke berichten aus Fachausschüssen BSU und HFA, die sich mit dem Antrag beschäftigt haben.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nach eingehender folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Analyse über die Möglichkeiten zur Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung in städtischen Einrichtungen zu erstellen.

Für die Analyse sind im Vorgriff auf einen Nachtragshaushalt Mittel einzustellen und alle Möglichkeiten der finanziellen Förderung auszuschöpfen.“

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit beschlossen  
 35 Ja-Stimmen (13 CDU, 13 SPD, 5 Grüne, 4 FW)  
 1 Nein-Stimme (1 FDP)

**TOP 11 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des FDP-Stadtverordneten Schäfer Änderung der Hauptsatzung STV-DS-Nr. 11/039**

StV Schäfer begründet den Antrag.

StV Lemcke berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über folgenden Wortlaut des Antrages abstimmen:

„Die Änderung der Hauptsatzung der Stadt Pohlheim.

§ 4 Absatz 1 der Hauptsatzung wird wie folgt gefasst:

Der Magistrat arbeitet kollegial. Er besteht aus dem hauptamtlichen Bürgermeister und den ehrenamtlichen Stadträten.“

**Abstimmungsergebnis:** Mit Stimmenmehrheit abgelehnt  
14 Ja-Stimmen (13 CDU, 1 FDP)  
22 Nein-Stimmen (13 SPD, 5 Grüne, 4 FW)

**TOP 12 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 26.07.2011 betr. Tagesbetreuung für ältere pflegebedürftige Mitbürger/innen STV-DS-Nr. 11/040**

StV Gimbel und StV Lemcke berichten aus den Fachausschüssen SKS und HFA.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat wird beauftragt, alles zu veranlassen, damit das auf dem städtischen Grundstück in Erbbaupacht errichtete Vereinsheim des Kleintierzuchtvereines H 33 Garbenteich für die Nutzung einer Tagesbetreuung durch die Stadt übernommen werden kann.
2. In Abstimmung mit der Diakoniestation ist zu prüfen, ob das Gebäude für Zwecke der Einrichtung einer Tagesbetreuung und –pflege für ältere pflegebedürftige Mitbürger/innen umgebaut werden kann. Dabei sind alle Fördermöglichkeiten abzufragen.
3. Der Stadtverordnetenversammlung ist in der Oktobersitzung ein Sachstandbericht zu Punkt 1 und 2 zu erstatten.
4. Sofern eine Übernahme des Vereinsheims nicht realisiert werden kann, wird der Magistrat beauftragt, in Abstimmung mit der Diakoniestation nach anderen für eine Tagesbetreuung geeigneten Räumlichkeiten zu suchen.“

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen

*Protollnotiz: Es besteht Einvernehmen, dass der vorstehende Beschluss nur die Nutzung des Objektes für die im Antrag genannte Zweckbestimmung der Diakoniestation Fernwald-Pohlheim betrifft. Sollte diese nicht realisiert werden, sind Übernahme des Gebäudes und künftige Nutzung erneut zu beraten.*

**TOP 13 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen CDU und FW vom 04.08.2011 betr. Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Pohlheim STV-DS-Nr. 11/043**

Abgesetzt.

**TOP 14 Beratung und Beschlussfassung über die Rückzahlung eines Kommunaldarlehens  
STV-DS-Nr. 11/054**

StV Lemcke berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Der HFA empfehle der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, das zum 31.12.2011 mit einer Restschuld von 235.912,63 € valutierende Kommunaldarlehen Nr. 804 852 053, aufgenommen bei der Landesbank Hessen-Thüringen, nach Ablauf der Zinsbindung zurück zu zahlen.“

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über die Beschlussempfehlung wie folgt abstimmen:

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen

**TOP 15 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 07.09.2011 betr. Antrag zur Aufnahme in das Dorferneuerungsprogramm für die Stadtteile Grüningen und Dorf-Güll  
STV-DS-Nr. 11/051**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der CDU-Fraktion vom 07.09.2011 vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, für die Stadtteile Grüningen und Dorf-Güll einen Antrag zur Aufnahme in das Dorferneuerungsprogramm bei der zuständigen Behörde zu stellen. Die dafür notwendigen Unterlagen sind in der BSU-Sitzung im Oktober vorzulegen.
2. Bei Antragstellung ist neben den bereits bekannten Punkten besonders auf die Förderung von privaten Energieeinsparungsmöglichkeiten hinzuwirken. Parallel dazu sollten die beiden Stadtteile deshalb auch an der Hessischen Energie-sparaktion (HEA) für eine energieeffiziente Dorferneuerung teilnehmen. Erforderliche Teilnahmeanträge sind durch den Magistrat zu stellen.

StV Wagner begründet den Antrag.

StV Sanchez Miguel und StV Lemcke berichten aus den Fachausschüssen BSU und HFA.

Stadtverordnetenvorsteher Kandel lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Gespräch mit den Ortsbeiräten Dorf-Güll und Grüningen sowie der Vertreterin des Amtes für den ländlichen Raum, Frau Müller-Mollenhauer zu führen, um den Antrag zur Aufnahme der Stadtteile Dorf-Güll und Grüningen in das Dorferneuerungsprogramm vorzubereiten.“

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen

Stadtverordnetenvorsteher Kandel teilt mit, dass die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Oktober 2011 im Bürgerhaus Hausen stattfindet und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende



Kandel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Schriftführer



Nowak

Anlagen

Er: 24.6.2011

**CDU-Fraktion**  
in der Stadtverordnetenversammlung

35415 Pohlheim, 23.06.2011

Fraktionsvorsitzender  
Matthias Jung  
Am Kirschenwald 9  
Tel. 06004-1682

An den  
Magistrat der Stadt Pohlheim  
z. Hd. des Bürgermeisters  
Herrn Karl-Heinz Schäfer  
Kirchstr. 2

35415 Pohlheim

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen u. Herren des Magistrats,

die Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit haben der CDU-Fraktion gezeigt, dass Parlamentsentscheidungen in unserer Stadt nicht nur von Vorgaben einer Kommunalaufsicht fremdbestimmt sind bzw. beeinflusst werden. Sie hängen vielmehr auch zu einem wesentlichen Teil davon ab, wie der Herr Bürgermeister mit einzelnen Beschlüssen umzugehen gedenkt. Stellt er Rechtsverstöße fest, ist die Sache künftig damit offenkundig erledigt. Eine Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat durch die Beschlussfassungen in der letzten Sitzung de facto genau diese Erklärung abgegeben. Da es unter diesen Vorgaben für die CDU-Stadtverordneten zur Zeit wenig sinnvoll erscheint, den Einschätzungen des Herrn Bürgermeisters (soweit es um solche der Rechtmäßigkeit von Beschlüssen handelt) künftig zu widersprechen, bitten wir aus ökonomischen Erwägungen um Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Der Antrag aus der letzten Legislaturperiode im Zusammenhang mit der Übergabe weiterer Kindergärten an freie Träger ist noch offen. Wird der Herr Bürgermeister einem Beschluss auf Übergabe weiterer Kindergärten z.B. an die Lebenshilfe aus Kostengründen oder anderen Gründen widersprechen?
2. Da es sich nach Einschätzung des Herrn Bürgermeisters bei dem Beschluss auf Ausweitung der Kinderbetreuung in Garbenteich – jedenfalls bei Einschaltung der Lebenshilfe - um einen unrechtmäßigen Beschluss handelt, bitten wir um Mitteilung, ob jegliche Ausweitung der Kinderbetreuung über den zurzeit bestehenden Umfang hinaus eine freiwillige Leistung darstellt?  
Anders gefragt:
  - a) Soll die Kinderbetreuung eingefroren werden bis eine defizitäre Haushaltslage nicht mehr besteht?
  - b) Ist jede Ausweitung über die von der Stadt betriebenen Kindergärten rechtmäßig?
3. Sieht der Herr Bürgermeister Investitionen in Familienzentren – so wie im veröffentlichten Koalitionsvertrag zwischen SPD und den Grünen beschrieben – als freiwillige Leistung an?  
Falls in diesem Fall der Herr Bürgermeister bei einer entsprechenden

Beschlussfassung keinen Grund für einen Widerspruch sieht, bitten wir um Erläuterung des Unterschiedes zum Sachverhalt einer Fortführung des freiwilligen Polizeidienstes.

4. Mögliche Ausgaben für eine aufsuchende Jugendarbeit bzw. für die Installation eines Streetworkings stellen nach unserer Einschätzung zweifelsfrei eine neue freiwillige Leistung dar. Schließt sich der Herr Bürgermeister unserer Einschätzung an und würde er entsprechenden Beschlussfassungen widersprechen?  
Falls in diesem Fall der Herr Bürgermeister keinen Grund für einen Widerspruch sieht, bitten wir uns schriftlich den Unterschied zum Sachverhalt der Fortführung des freiwilligen Polizeidienstes zu erläutern.

Wir bitten die Fragen allen Magistratsmitgliedern zukommen zu lassen und bitten den Herrn Bürgermeister freundlichst um Beantwortung im Rahmen der nächsten Stadtverordnetensitzung.

Mit freundlichen Grüßen

  
Matthias Jung  
Fraktionsvorsitzender

# Stadt **POHLHEIM**

## Der Bürgermeister

Der Bürgermeister der Stadt Pohlheim, Postfach 11 54, 35411 Pohlheim

Herrn Fraktionsvorsitzenden  
Matthias Jung  
Am Kirschenwald 9  
35415 Pohlheim

**Kompetenzzentrum I:** Allgemeine Verwaltung  
**Aufgabenbereich:** Zentrale Verwaltung  
**Dienstgebäude A:** Kirchstraße 2

**Ihre Ansprechpartnerin:** Frau Günsche  
**Durchwahl:** 06403 606-20  
**Telefax:** 06403 606-66  
**E-Mail:** a.guensche@pohlheim.de

**Telefon Information:** 06403 606-0  
**Telefax:** 06403 606-66  
**E-Mail:** info@pohlheim.de  
**Internet:** <http://www.pohlheim.de>

Ihr Zeichen/Nachricht vom

Unser Zeichen/Nachricht  
K I - KS/Gü

Datum  
5. Juli 2011

### Anfrage der CDU-Fraktion vom 23. Juni 2011

Sehr geehrter Herr Jung,

vielen Dank für Ihr Schreiben.

Zwar ist es zu meinen Händen an den Magistrat gerichtet und auch noch mit der Bitte um dessen Kenntnisnahme versehen, gleichwohl stellen Sie Fragen, deren Beantwortung Sie ausschließlich vom „Organ Bürgermeister“ erbitten zu scheinen.

Unabhängig von der gesetzlichen Unterschiedlichkeit der Organe und unabhängig von der damit verbundenen Zuständigkeit nach der Hessischen Gemeindeordnung, will ich Sie wissen lassen, dass bekanntermaßen „Anfragen“ aus der Stadtverordnetenversammlung, die im übrigen bekanntermaßen kein „Parlament“ ist, nur von einzelnen Stadtverordneten, nicht von einer Fraktion zu stellen sind.

Nach der Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes steht das Anfragerecht aus § 50 Abs. 2 HGO nur einzelnen Stadtverordneten, nicht aber Fraktionen zu. Wo das Gesetz diesen als organschaftlichen Zusammenschlüssen von Stadtverordneten besondere Rechte habe einräumen wollen, so sei dies ausdrücklich geregelt; dies sei in § 50 Abs. 2 HGO nicht der Fall.

Diese Auffassung ist in der Literatur mehrfach kritisiert worden. Die Fraktionen machten in der Praxis in der Regel kein eigenes Anfragerecht geltend. Sie bündelten lediglich Fragerechte ihrer Mitglieder zu einer gemeinsamen Anfrage

#### Bankverbindungen:

Sparkasse Gießen	BLZ 513 500 25	242-00 10 84
Volksbank Mittelhessen eG	BLZ 513 900 00	60 01 15 08
Postbank Ffm.	BLZ 500 100 60	69 407 - 607



Zufahrt Rollstuhl

(Nur Ludwigstraße 31)

#### Sprechzeiten des Stadtbüros:

Mo – Do 07.30 – 18.00 Uhr, Fr 07.30 – 12.30 Uhr

#### Sprechzeiten übrige Verwaltung:

Mo, Mi, u. Do 08.00 – 12.15 Uhr, 13.45 – 15.30 Uhr  
Di 07.30 – 12.15 Uhr, 14.00 – 18.00 Uhr, Fr 08.00 – 12.15 Uhr

**Anschrift: Ludwigstraße 31, 35415 Pohlheim**

Aus diesem Grunde ist Ihre Anfrage aus meiner Sicht wohl nicht zu beanstanden, und weil ich Ihr Schreiben ohnehin als persönliche Fragestellungen eines Stadtverordneten bewerten muss und will, bin ich grundsätzlich bereit, Ihren sitzungsoekonomischen Überlegungen zu folgen, soweit dies derzeit verbindlich möglich ist. Soweit in den einzelnen Fragen insbesondere auf die Einschätzung des Bürgermeisters abgestellt wird, halte ich dies auch eher für unproblematisch, da der Bürgermeister Teil des Magistrates ist.

Lassen Sie es uns mit Mark Twain halten, der sinngemäß formuliert hat: „Man sollte Vorhersagen vermeiden, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“

Ihre Fragen stellen im Wesentlichen auf künftige eventuale Beschlüsse ab. Soweit Sie daher Einschätzungen bzw. Antworten erwarten, ob bzw. inwieweit der Bürgermeister von seinem Recht auf Einlegung von Rechtsmitteln gegen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung Gebrauch machen wird, so ist dies nicht mehr vom Sinn und Zweck des Anfragerechts nach § 50 Abs. 2 HGO umfasst. Die Ausübung eines Rechtsmittels stellt eine Einzelfallprüfung und -entscheidung dar, die nicht prognostisch abgegeben werden kann, da es letztlich auf den konkret gefassten Beschluss ankommen wird. Meine Einschätzungen und Hinweise werde ich daher in den notwendigerweise Beschlüssen vorausgehenden Sacherörterungen in den städtischen Gremien vortragen.

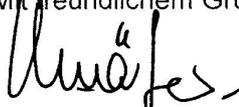
Auch die weiteren Fragen zur Einschätzung, ob bestimmte Tatsachen „freiwillige Leistungen“ darstellen und deshalb nicht durchgeführt werden können, stellen keine Fragen zum Verwaltungshandeln dar. Es handelt sich vielmehr um Fragestellungen, die Rechtsauskünfte bzw. politische Ziele und Intentionen betreffen und nicht den Sinn und Zweck einer Information über das Verwaltungshandeln haben.

Soweit finanzielle Auswirkungen zu besorgen sind darf ich gleichwohl mitteilen, dass auch künftig bei einem defizitären Haushalt der Finanzierungsvorbehalt und die Auflagen aus den Haushaltsgenehmigungen gelten, an die sich Alle zu halten haben.

Darüber sollte Einvernehmen herrschen. Dann stellen sich Fragen nach Widersprüchen nicht.

Ich hoffe, Ihnen zunächst geholfen haben zu können. Gerne stehe ich für weitere Erörterungen bereit.

Mit freundlichem Gruß



Karl-Heinz Schäfer  
Bürgermeister